
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59569

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Inflation. Ein Hauptziel sah der Bund darin, den neutralen Finanzplatz Schweiz so attraktiv zu gestalten, daß der einkalkulierte Zustrom ausländischen Kapitals sich noch verstärkte.

Kapitel 6 und 7 handeln von der Geld- und Finanzpolitik des Bundes in den Jahren 1914 bis 1920. Im Bereich der Geldpolitik gelang es dem Bund, die kriegsbedingten Turbulenzen so weit aufzufangen, daß – anders als in einigen kriegführenden Staaten – ein Moratorium für Zahlungsverpflichtungen ebenso vermieden werden konnte wie eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Goldreserve und der durch sie gedeckten Papiergeldmenge. Zentrale Themen waren die Stabilisierung des Binnenwertes (Inflationsrate) und des Außenwertes (Wechselkursschwankungen) des Schweizer Franken. Kapitel 7 zeigt die Bundesregierung auf der Suche nach neuen Einnahmequellen, die sie sich mit der Einführung einer ersten und zweiten Kriegsteuer, einer Kriegsgewinnsteuer sowie einer Stempelsteuer erschloß.

Das Hauptverdienst der hier vorgestellten Studie liegt darin, daß sie die geld- und finanzpolitischen Konzepte und Entscheidungen nicht einfach als solche analysiert, sondern in ihrem jeweiligen sozio-politischen Kontext vorstellt. Es wird immer auch das Mit-, Neben- und Gegeneinander der tangierten Gruppeninteressen deutlich, also die häufig divergierenden Zielvorstellungen des wirtschaftsbeherrschenden Bürgertums, der Landwirtschaft und der organisierten Arbeiterschaft, die Spannungen zwischen Industriekapital und Bankkapital sowie zwischen Zentralisten und Föderalisten. Ihr volles Relief erhält die unseren Kenntnisstand erweiternde und zudem gut lesbare Darstellung durch nahezu dreißig Graphiken und Tabellen.

Reinhard SCHIFFERS, Bonn

Alain BERGOUNIOUX, Gérard GRUNBERG, *Le long remords du pouvoir. Le Parti socialiste français (1905–1992)*, Paris (Fayard) 1992, 554 S.

Mit diesem Band liegt ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der Geschichte der Sozialistischen Partei Frankreichs vor, der zugleich eine Analyse ihrer gegenwärtigen Situation bietet und damit deutlich macht, vor welchen Entscheidungen die Verantwortlichen des PS am Ende der Ära Mitterrand stehen. Bergounioux, der sich als Historiker der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften einen Namen gemacht hat, und der Politikwissenschaftler Grunberg, der bislang vor allem mit Wahlanalysen hervorgetreten ist, haben nicht etwa eine Gesamtdarstellung der Geschichte des französischen Sozialismus geschrieben, wie der Titel glauben machen könnte, sondern eine historische Analyse des Verhältnisses von Programm und Realität, die es ermöglicht, die Funktion der Sozialistischen Partei im politischen System Frankreichs in ihrem allmählichen Wandel zu bestimmen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage des Verhältnisses der Sozialistischen Partei zur Regierungsverantwortung im parlamentarischen System und damit das Spannungsverhältnis zwischen revolutionärem Programm und reformistischer Praxis. Bergounioux und Grunberg machen deutlich, daß diese Spannung im französischen Fall deswegen so außerordentlich lange andauerte (und heute noch zu spüren ist), weil der Sozialismus in Frankreich, anders als etwa in Deutschland, nie eine Gegengesellschaft ausbilden konnte. Dazu wurzelte der Sozialismus einerseits zu stark in einer bereits erfolgreichen republikanischen Kultur; andererseits blieb die Arbeitswelt bei der geringen Dynamik der französischen Industrialisierung auch zu heterogen. Das zentrale Problem der Sozialistischen Partei Frankreichs bestand damit von Anfang an darin, Anhänger aus ganz unterschiedlichen Lebenslagen zu integrieren. Das revolutionäre Programm bot sich hier als Lösungsmittel an: Indem es den modernen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf den alten republikanischen Gegensatz zwischen Privilegierten und »Volk« aufsetzte, ermöglichte es ganz unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, sich mit der sozialistischen Bewegung zu identifizieren.

Weil der Glaube an eine tiefgreifende Veränderung in der Zukunft nicht durch eine gemeinsame sozialdemokratische Kultur oder ein sozialdemokratisches Milieu gestützt

wurde, konnte er nicht aufgegeben werden, ohne daß wesentliche Fraktionen der Partei untreu wurden. Folglich neigten die Parteiführer dazu, die Wahrung der »reinen Lehre« der Beteiligung an der Regierungsverantwortung im »kapitalistischen« Regime vorzuziehen. Bereits der Zusammenschluß der verschiedenen sozialistischen Parteien zur SFIO im Jahr 1905 beruhte auf dem Verzicht auf Wahrnehmung von Ministerämtern in den republikanischen Regierungen. 1915 brachte die Sorge um die Einheit der Partei Léon Blum gegen Albert Thomas in Stellung, 1946 Guy Mollet gegen Léon Blum, der unterdessen zumindest zu einer Öffnung der Partei zu den Kräften der Résistance bereit war.

Der Preis, der für die Integration durch ein revolutionäres Programm gezahlt werden mußte, war einerseits Orientierungslosigkeit, als die Übernahme von Regierungsverantwortung dann doch unvermeidlich wurde, und andererseits Enttäuschung der Anhänger, die sich 1940 in einem regelrechten Zerfall der Partei niederschlug und nach der Wiedergründung im Kontext des Résistance-Sieges zu einem schleichenden Abbröckeln an immer neuen Rändern führte. Bergounioux und Grunberg knüpfen hier an die zeitgenössische Kritik am »Molletismus« an, machen aber deutlich, daß diese spezifische Form von Immobilismus in der Tradition der SFIO vor dem Zweiten Weltkrieg steht.

Das Spezifikum der Neugründung des PS auf dem Kongreß von Épinay 1971 bestand demnach darin – Bergounioux und Grunberg arbeiten dies sehr überzeugend heraus –, daß hier mit François Mitterrand ein bislang außenstehender Politiker an die Spitze der Partei trat, dem es erstmals mehr um die Eroberung der Macht als um die Wahrung der Tradition ging. Er konnte sich durchsetzen, weil die Strategie der Machteroberung in der Konstellation der 60er und 70er Jahre mit der ideologischen Tradition der Partei in Einklang stand: Die Linksunion wies nicht nur den angesichts der Stärke der Kommunisten einzig erfolgversprechenden Weg zur Regierungsverantwortung in einem Präsidialsystem, sondern bot zugleich Gelegenheit, einmal mehr den bevorstehenden »Bruch mit dem Kapitalismus« zu beschwören.

Freilich stieß auch diese Strategie an ihre Grenzen: Nachdem die Übernahme der Regierungsverantwortung 1981 abermals die Preisgabe des utopischen Programms erzwungen hatte, stand die Partei erneut ohne Orientierung da. Mitterrand unterließ es mit Rücksicht auf das prekäre innerparteiliche Gleichgewicht, die ideologische Erneuerung zu forcieren. Damit verschärfte er noch das Problem, vor dem die Partei seit dem universalen Niedergang des Kommunismus steht: Zur Sicherung der Macht ist jetzt, anders als in den 70er Jahren, eine Strategie der Öffnung zur politischen Mitte hin vonnöten, die es in weitaus stärkerem Maße als bisher nötig macht, mit traditionellen Denkschemata zu brechen.

Die Autoren gehen noch einen Schritt weiter: Angesichts der Desillusionierung durch die lange Erfahrung der Machtteilhabe seit 1981, der Auflösung des traditionellen Arbeitermilieus und der Krise bisheriger Mobilisierungsformen sehen sie nicht nur das Ende der »Épinay-Formel« gekommen, sondern das Ende der 1905 gefundenen Konstruktion überhaupt. Auch hier wird man ihnen zustimmen müssen. Ihre Skepsis, ob die Partei in der Lage ist, den daraus resultierenden Herausforderungen gerecht zu werden, könnte freilich desavouiert werden: Daß sie mit Michel Rocard und Jacques Delors nacheinander gleich zwei Vertreter der »zweiten Linken«, für die die Öffnung zur Mitte kein Problem darstellt, als Präsidentschaftskandidaten akzeptiert hat, deutet darauf hin, daß die Erfahrung mit der Macht unterdessen doch den Gestaltungswillen im Hier und Jetzt gestärkt hat und damit die Gefahr des Rückzugs in die utopische Idylle geringer geworden ist. Richtig ist in jedem Fall, daß die Zukunft der Partei in starkem Maße vom Kurs (und vom Erfolg) des Präsidentschaftskandidaten abhängt.

Insgesamt haben Bergounioux und Grunberg ein sehr anregendes Buch geschrieben. Ihrer Argumentation mangelt es manchmal an Systematik; die Analyse ist aber in der Bilanz überzeugend. Nicht nur die politischen Entscheidungsträger von heute, auch die Historiker werden an ihren Ergebnissen nicht vorbeigehen können.

Wilfried LOTH, Essen